

II-2808 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 14. August
Stubenring 1
Telephon 75 00

1981

Zl. 10.009/101-4/1981

1302/AB

1981-08-19

zu 1373/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. OFFENBECK und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Maßnahmen für das Bundesland Steiermark während der laufenden Legislaturperiode, Nr. 1373/J.

Aus Anlaß der Beendigung der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode richten die anfragenden Abgeordneten an mich folgende Frage:

"Sind Sie im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage bereit, eine Zusammenstellung der Leistungen vorzulegen, die von Ihrem Ressort für das Bundesland Steiermark bisher während dieser Legislaturperiode erbracht wurden und die bis zum Ende dieser Legislaturperiode geplant sind?"

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich mitzuteilen:

A. ARBEITSMARKTPOLITIK

I. Allgemeines

Die empfindliche Verschlechterung der internationalen Konjunktur ist auch an Österreich nicht spurlos vorübergegangen. In diesem Zusammenhang wurden strukturelle Schwächen der österreichischen Wirtschaft, die mittelfristig die internationale Konkurrenzfähigkeit bedrohen, deutlicher erkennbar. Trotz dieser aufgetretenen Schwierigkeiten war die Bundesregierung bemüht, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufrechterhaltung und Sicherung der Vollbeschäftigung gewährleisten zu können. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern wurden jedes Jahr die jeweils aktuell anzustrebenden Ziele der Arbeitsmarktpolitik

- 2 -

in einem arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramm, welches die Leitlinien der einzuschlagenden Arbeitsmarktpolitik enthält, niedergelegt.

Die Beschäftigungssituation stellte sich in den vergangenen Jahren wie folgt dar:

	Beschäftigung in 1.000 Personen		Arbeitslose		Arbeitslosenrate	
	Österr.	Stmk.	Österr.	Stmk.	Österr.	Stmk.
1979	2.773,7	288.000	56.719	9.900	2,0	2,5
1980	2.788,7	392.000	53.161	8.800	1,9	2,2
1981 (1.Halbjahr)	2.775,3	387.693	69.524	12.147	2,4	3,0

Im Vergleich hiezu betragen die Arbeitslosenraten in einigen OECD-Ländern

Frankreich (1980)	15,0
Italien "	24,8
Norwegen, Schweden "	5,1
BRD "	4,3
Belgien (1979)	12,8
Dänemark "	11,4

II. Offensive Arbeitsmarktpolitik und Sonderprogramm für die Steiermark

Von zentraler Bedeutung für die längerfristige Sicherung der Beschäftigung wird die aktive Förderung der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sein. Dementsprechend steht der offensive Einsatz der Arbeitsmarktförderung für die Strukturverbesserung im Vordergrund. Daher sollen nach dem arbeitsmarktpolitischen Konzept 1981 alle Einsatzmöglichkeiten des Instrumentariums der Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigungssicherung im Rahmen einer auf die Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft ausgerichteten Wirtschaftspolitik genutzt werden.

- 3 -

Die Akzentverschiebung zu einer stärker offensiven Arbeitsmarktpolitik wird darin bestehen, daß zum Zweck der Schaffung und Besetzung von Arbeitsplätzen, die die Struktur der Volkswirtschaft im positiven Sinn bestimmen, für die Kosten der Arbeitsplatzschaffung selbst und die Schulung der für Besetzungen in Betracht kommenden Arbeitskräfte Mittel der Arbeitsmarktförderung bereitgestellt und die Bemühungen des Arbeitsmarktservices auf die Information, Beratung und Vermittlung für diese Stellen schwerpunktmäßig ausgerichtet werden.

Zur Sicherung dieser Zielsetzungen wurden für 1981 neben den allgemeinen Förderungsmitteln noch für 5.000 Arbeitsplätze weitere 500 Mio.S für strukturverbessernde und damit längerfristig vollbeschäftigungssichernde Maßnahmen bereitgestellt. Die Steiermark bildet unter den gegebenen Umständen an und für sich einen Schwerpunkt der geschilderten Maßnahmen; das ho. Ressort hat darüber hinaus als zusätzliche Sondermaßnahme für die Obersteiermark Mittel in Höhe von 150 Mio.S. vorgesehen.

Damit diese Maßnahmen im angestrebten Sinn voll wirksam werden können, ist eine möglichst weitgehend mit anderen Förderungseinrichtungen koordinierte, streng selektive Vorgangsweise sichergestellt. Auch wird für eine angemessene Beteiligung der Länder gesorgt werden. Die dargelegten Bestrebungen zur Beschäftigungssicherung und Strukturverbesserung werden auch für 1982 von Bedeutung sein.

III. Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze

Für die Erhaltung bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen in Betrieben wurden von seiten der Arbeitsmarktverwaltung beträchtliche Mittel aufgewendet. Mit diesen Mitteln wurden entweder bei kurzfristigen Beschäftigungsschwankungen gefährdete Arbeitsplätze erhalten oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert.

Die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung verteilten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:

1979 rund 249,39 Mio.S davon Steiermark rd. 30,36 Mio.S d.s. rd. 12,2 %

1980 rund 172,6 Mio.S davon Steiermark rd. 60,41 Mio.S d.s. rd. 35 %

IV. Sicherung der Jugendbeschäftigung

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Die Arbeitslosenrate der Jugendlichen blieb, sowie in den Jahren davor, erheblich unter der allgemeinen Arbeitslosenrate. Dies ist umso bemerkenswerter, als international die Jugendarbeitslosigkeit die allgemeine Arbeitslosigkeit weit übertrifft. Beträgt doch der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an den Gesamtarbeitslosen in den westlichen Industrieländern durchschnittlich ca. 20-25 %. *)

Die Situation der arbeitslosen Jugendlichen stellte sich in den vergangenen Jahren wie folgt dar:

Jahr	Vorgemerkte Arbeitslose Österreich	Arbeits- losenrate Österreich	Vorgemerkte Arbeitslose Steiermark	Arbeits- losenrate Steiermark	Vorgemerkte Arbeitslose Steiermark in % von Österreich
1979	92.776	3,3 %	18.260	4,6 %	19,7 %
1980	82.418	2,9 %	15.472	3,9 %	18,8 %
1981	98.573	3,5 %	18.813	4,7 %	19,1 %

Jahr	Jugendliche Arbeitslose		Jugendliche Arbeitslose	
	Österreich %	Steiermark %	Österreich %	Steiermark %
1979	2.316	2,5	493	2,7
1980	1.840	2,2	397	2,6
1981	2.380	2,4	511	2,7

*) Schätzung auf Basis von Statistiken, nach denen ca. 40 % der Gesamtarbeitslosen zwischen 15 und 25 Jahren sind.

- 5 -

Diese günstige Arbeitsmarktsituation der Jugendlichen hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die lehrstellensuchenden Jugendlichen, trotz verschiedentlich regional und sektoral auftretender Probleme, praktisch zur Gänze auf Lehrstellen untergebracht werden konnten.

Sie wäre sicher nicht so positiv, wenn nicht in den vergangenen Jahren ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik die Förderung der Lehrstellensuchenden und der Lehrplatzbeschaffung gewesen wäre.

Im Rahmen des "Sonderprogramms zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen" wurde seit einigen Jahren mit erheblichen Mitteln eine Vielzahl von Lehrstellen gefördert. Die Steiermark hatte - trotz der seit 1980 allgemein zunehmenden Zahl der Jugendlichen, die die Pflichtschulen verlassen - wegen des schwerpunktmäßigen Einsatzes in der Steiermark einen steigenden Anteil an dieser Aktion. Die einzelnen Werte zeigt die nachstehende Tabelle:

	geförderte Lehrstellen		Stmk.in % von Österr.	ausgegebene Budgetmittel		Stmk.in % von Österr.
	Österr.	Stmk.		Österr.	Stmk.	
1978/79	2.287	1.287	56 %	40 Mio.	23 Mio.	58 %
1979/80	3.012	1.658	55 %	43 Mio.	26 Mio.	60 %
1.7.-31.12.80	1.233	778	63 %	15 Mio.	9,5 Mio.	62 %

In Anbetracht der besonderen Lage der Steiermark wurde deren Kontingent für Lehrplätze des ersten Ausbildungsjahres zusätzlich um 15 % aufgestockt.

V. Situation der Frauen am Arbeitsmarkt

Die verstärkten Bemühungen der Arbeitsmarktverwaltung zur Verbesserung der Situation der Frauen am Arbeitsmarkt und die immer wieder initiierten Beratungen machten deutlich, daß wirksame Verbesserungen nur dann stattfinden können, wenn den strukturellen und regionalen Gegebenheiten des

Arbeitsmarktes Rechnung getragen wird. Um diese strukturellen Gegebenheiten gezielt durch geeignete Maßnahmen beeinflussen zu können, wurden im Sommer 1978 bei den einzelnen Landesarbeitsämtern Kontaktpersonen zur Förderung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung der berufstätigen Frauen eingesetzt. Mit dieser Einrichtung soll ermöglicht werden, regionale Verbesserungen aufgrund verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und Betriebsinformation zu erreichen. Da die Kontaktfrau in der Steiermark stellvertretende Leiterin des Landesarbeitsamtes ist, werden die arbeitsmarktpolitischen Angelegenheiten der Frauen in der Steiermark besonders effizient wahrgenommen.

Da gerade in der Steiermark die wirtschaftliche Lage besonders problematisch ist, wurde ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Förderung von Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen für Frauen und Mädchen gelegt. Die Bemühungen zur Unterbringung von schulentlassenen Mädchen in Lehrstellen wurden intensiv fortgeführt.

Da der Berufstätigkeit der Frauen noch immer Vorurteile entgegengebracht werden, wird in verstärktem Maße versucht, durch Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit diese abzubauen.

VI. Sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Hier sind insbesondere die Schulungsmaßnahmen zu erwähnen, die seit Jahren wesentlich zur Förderung der Mobilitätsprozesse in der Volkswirtschaft beitragen.

Durch die Schulung Arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Personen trägt die Arbeitsmarktverwaltung aber auch zur Verhütung bzw. zur raschen Beendigung von Arbeitslosigkeit bei.

Da die Arbeitsmarktlage 1980 günstiger als im Vorjahr war, gingen insgesamt die Aufwendungen für die Schulungen von (1979) 408 Mio.S auf (1980) 296 Mio.S zurück. Die Steiermark allerdings wurde in Berücksichtigung der besonderen arbeitsmarktpolitischen Situation gerade dieses Bundeslandes

- 7 -

in diesen beiden Jahren mit einem steigenden Anteil an den gesamtösterreichischen Schulungsmaßnahmen beteiligt. So wurden 1979 mit 120 Mio.S ca. 30 % der gesamten Schulungsausgaben, 1980 mit 86 Mio.S auch ca. 30 % der gesamtösterreichischen Schulungsausgaben im Landesarbeitsamtsbereich Steiermark aufgewendet.

Besonders wichtig für die oben bereits erwähnten Mobilitätsprozesse sind die Schulungen in speziellen Einrichtungen. Seit dem Jahr 1970 wurden in Österreich rund 264.000 Personen in solchen Schulungen ausgebildet, rund 32.000 davon in der Steiermark.

1979 wurden auf diese Weise rund 30.000 Personen und 1980 rund 22.000 Personen ausgebildet. Hievon entfielen 1979 rund 5.000 Personen, das sind rund 17 % und 1980 rund 3.300 Personen, das sind rund 15 % auf die Steiermark.

Neben der Förderung beruflicher Mobilitätsprozesse durch die Arbeitsmarktausbildung verfügt die Arbeitsmarktverwaltung auch über eine Reihe von Instrumenten zur Förderung der geographischen Mobilität, um zur Lösung von regionalen Strukturproblemen, soweit sie die davon betroffenen Arbeitskräfte berühren, beizutragen. Hiefür stehen eine Reihe von Beihilfen, wie Fahrtkostenzuschuß, Finanzierung bestimmter Übersiedlungs- und Niederlassungskosten u.ä. zur Verfügung.

So wurden 1979 für Zwecke der Förderung der geographischen Mobilität und des Arbeitsantrittes rund 11,79 Mio.S, davon rund 4 Mio.S, das sind rund 34,2 %, 1980 rund 7,85 Mio.S, davon rund 2,89 Mio.S, das sind rund 36,9 % für die Steiermark und im ersten Halbjahr 1981 rund 3,29 Mio.S, davon rund 0,89 Mio.S, das sind rund 27,2 % für die Steiermark verausgabt.

VII. Maßnahmen des Arbeitsmarktservices

Nicht nur der Einsatz der finanziellen Mittel der Arbeitsmarktpolitik ist dem steirischen Arbeitsmarkt zugutegekommen, auch das für die Arbeitsmarktpolitik grundlegende Instrument "Arbeitsmarktservice" hat in der Steiermark besondere Ent-

- 8 -

wicklungen erfahren. Gerade in den Jahren 1979 - 1981 wurden auf Basis des im Bundesministerium für soziale Verwaltung erstellten Konzeptes zur Entwicklung des Arbeitsmarktservices zahlreiche Modernisierungen bei steirischen Arbeitsämtern vorgenommen. Mit organisatorischen Umgestaltungen einzelner Arbeitsämter sowie durch die Einführung der EDV in der Arbeitsvermittlung konnten die Dienste der Arbeitsämter für jeden einzelnen ihrer Kunden wesentlich verbessert werden.

B. SOZIALHILFE

Aus den Mitteln des vom Bundesministerium für soziale Verwaltung verwalteten Ausgleichstaxfonds (§ 10 Abs.1 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl.Nr. 21/1970) sind in der ersten Hälfte der laufenden Gesetzgebungsperiode steiermärkischen Organisationen der Kriegssopfer und Zivilbehinderten nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von rund 6,3 Millionen Schilling gewährt worden. Für Einzelförderungsmaßnahmen nach dem Invalideneinstellungsgesetz sind ferner aus Mitteln des genannten Fonds für begünstigte Invalide im Bundesland Steiermark im Jahre 1980 rund 2,91 Millionen Schilling und im ersten Halbjahr 1981 rund 2,44 Millionen Schilling geleistet worden.

Aus den im Bereiche der allgemeinen Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt zur Verfügung stehenden Budgetmitteln wurden in demselben Zeitraum steiermärkischen Organisationen direkt rund 200.000 S an Förderungsmitteln bewilligt, außerdem fließen jährlich noch über Dachverbände erhebliche Mittel in das Bundesland Steiermark.

Der Bundesminister:

